

Den Kapitalismus retten?

In der WOZ vom 26.2.1 konstatiert Yves Wegelin treffend den „schwindenden Wert des Kapitals“, und der neue griechische Finanzminister Janis Varoufakis bekennt sich dazu, den Kapitalismus retten zu wollen. Wie passt das eine zum anderen? Kann, soll die Linke das Kapital vor seiner eigenen Schwindsucht bewahren?

Von Beat Ringger
8. März 2015

Das Kapital im Sinkflug

Die gegenwärtige Abwertung des Kapitals (Wegelin 2015), das kaum mehr Zinsen abwirft, ja für dessen Aufbewahrung Nationalbanken neuerdings Negativzinsen verlangen, ist eine schallende Ohrfeige für die neoliberale Weltsicht. Denn in dieser Weltsicht ist das Kapital immer ein knappes Gut. Dieses Gut wird den Märkten optimal verteilt - dorthin, wo es am meisten Gewinn abwirft. Dumm nur, dass es offenbar an gewinnträchtigen Investitionsmöglichkeiten fehlt, und zwar schon länger: Die Abwertung des Kapitals ist schon seit Jahrzehnten in Gang, wie Wegelin richtig konstatiert. Warum ist das so, und welches sind die Konsequenzen?

An der obersten Oberfläche liegt der Grund für das Überangebot an Kapital darin, dass die Nationalbanken die Finanzmärkte mit billigem Geld fluten. Sie wollen damit die Banken verlassen, Kredite zu möglichst tiefen Zinsen zu vergeben, und das wiederum soll die Unternehmen zu Investitionen animieren. Doch die erhoffte Wirkung tritt nicht ein, zumindest nicht in genügendem Mass: Das billige Kapital fliesst vor allem in Immobilienmärkte und in Aktienkäufe und treibt eine nächste Spekulationsblase an - produktiv hingegen wird zu wenig investiert. Warum wird zu wenig investiert? Wer tiefer gräbt, stösst auf eine Nachfragekrise. Die

KonsumentInnen haben zu wenig in der Tasche, um die Produkte zu kaufen, in deren Produktion die Unternehmen investieren sollten. Und auch der Staat steht auf der Sparbremse und kauft zu wenig Strassen, Schulhäuser, Spitäler etc. Der Grund für den Nachfragemangel: Die massive neoliberale Umverteilung von unten nach oben, die daraus folgende fehlende Kaufkraft bei der Masse der Beschäftigten, und die Steuersenkungswettläufe, die die Einnahmen der Staaten wegbrechen lassen. Doch warum gibt es seit 40 Jahren, seit der Weltwirtschaftskrise von 1974/75 diesen Druck, Reichtum von unten nach oben umzuverteilen?

Der Kapitalismus ist ein System der Ausbeutung: Ausbeutung von Menschen und ihrer Arbeitskraft, Ausbeutung der Bedürfnisse der Menschen, Ausbeutung der Natur. Was macht ein Ausbeutungssystem, wenn es in eine Krise gerät? Richtig: Es verstärkt die Ausbeutung. Arbeitsplätze werden in Länder mit tieferen Löhnen verlagert, die Arbeitsrhythmen werden erhöht, die Löhne steigen weniger als die Produktivität der Arbeit dies tut, die Arbeit wird flexibilisiert. Genau dies führt zu der erwähnten Umverteilung von unten nach oben. Die Neoliberalismus war das dafür passende Programm, übrigens eine - wenn auch wichtige - Begleiterscheinung der zunehmenden Ausbeutung, nicht deren Ursache.

Divergierende Produktivitäten

Warum aber kommt der Kapitalismus seit 40 Jahren nicht mehr so richtig aus dem Krisenmodus heraus? Und dies trotz weit reichenden technologischen Revolutionen, trotz des Zusammenbruchs der Sowjetunion? Der Grund liegt im Phänomen der divergierenden Produktivitäten (Madörin 2011, Baumol 2012, Baumann/Ringger 2013). Feministische Ökonominen machen seit Jahren auf diesen Umstand aufmerksam. Was ist mit divergierenden (auseinanderdriftenden) Produktivitäten gemeint? Da sind auf der einen Seite die Güter und die Sachdienstleistungen, deren Fertigung in den letzten Jahrzehnten durchrationalisiert worden ist. Ein Beispiel: Im Jahr 1954 musste man in den USA für den Kauf eines Farbfernsehers noch rund 70 Tage arbeiten (Baumol, 2012), heute reicht dafür ein einziger Tag. Die Produktivität ist also um einen Faktor 70 gestiegen – und die heutigen Farbfernseher sind zudem auch noch erheblich besser.

Auf der andern Seite befinden sich die personenbezogenen Dienste, die Betreuung und Pflege von Kindern und kranken Erwachsenen, und ein Grossteil der Arbeit in Bildung, Forschung und Kultur. Diese Arbeiten lassen sich kaum rationalisieren – und wird es trotzdem versucht, dann sinkt die Qualität meist dramatisch. Das ist auch der Grund, warum es unerlässlich ist, den Grossteil der personenbezogenen Dienste öffentlich-demokratisch zu regulieren und in Non-Profit-Settings zu erbringen. Nun ist es so, dass sich der Kapitalismus im ersten Bereich, der Fertigung von Gütern und Sachdienstleistungen, eine hohe Dynamik entfesselt, auch wenn diese Dynamik überaus zwiespältig ist¹. Denn die Steigerung der Produktivität ist eine zentrale Triebfeder im kapitalistischen Konkurrenzdispositiv, in dem jedes Unternehmen danach trachtet, dank eben dieser Produktivitätssteigerungen besonders viel Profit zu erzielen. Güter und Dienste werden deshalb relativ auch immer billiger.

¹ Gesellschaften werden gespalten und in blinde Konkurrenz getrieben, die Arbeitsbedingungen sind für eine grosse Zahl von Menschen prekär, manche Produkte sind überflüssig oder gar schädlich, manche der eingesetzten Technologien gefährlich, und das Kapital ist a priori blind für Umweltanliegen.

Das gilt auch für die Investitionsgüter. Larry Summers, der ehemalige Wirtschaftsberater von Barak Obama, hat dies erkannt, wenn er davon spricht, dass die Nachfrage nach Kapital sinke, weil die Investitionsgüter immer weniger kosten würden.

Für das zweite aber, für personenbezogene Dienste, ist der Kapitalismus so passend wie das berühmte Fahrrad für den Fisch. Denn in Bereichen mit keinen oder nur geringen Spielräumen für Produktivitätssteigerungen geschieht das Gegenteil: Die Konkurrenz führt dazu, dass die Profite gegen Null tendieren. Denn um zu überleben werden einige Anbieter ihre Dienste zum Gestehungspreis anbieten und auf Profite verzichten – und sie setzen damit alle Konkurrenten unter Druck, dasselbe zu tun. Deshalb lassen sich Profite im Bereich der personenbezogenen Dienste auch nur dann erzielen, wenn getrickst wird, z.B. damit, dass künstlich lukrative Dienste geschaffen werden, auf die sich dann die Kapitalisten stürzen, während die Masse der Dienste ohne Rendite dem Staat überlassen bleibt. Diese Tricks führen dazu, Geld aus andern gesellschaftlichen Bereichen abgezogen wird. Das ist schön abzulesen am Beispiel des USA, dessen Gesundheits(un)wesen - bei eher schäbiger Versorgungsqualität - rund 18% des BIP verschluckt. Dieser Anteil liegt ganze 6% über dem Wert des Landes mit dem zweithöchsten BIP-Anteil (gegenwärtig die Niederlande). 6% des US-Amerikanischen BIP sind rund 1000 Mia USD. Eine unglaubliche Summe, die hier jedes Jahr zum Fenster hinausgeworfen wird. Diesen Zusatzkosten des US-Gesundheitswesens bringen nicht den geringsten gesellschaftlichen Nutzen hervor. (Himmelstein, 2003 und 2012).

Der Kapitalismus als Opfer des eigenen Erfolgs

Das Dramatische am Befund der divergierenden Produktivitäten ist seine quantitative Bedeutung. Der Anteil der Güterfertigung und der Sachdienste ist an der gesamten, in Geld gemessenen Wirtschaftsleistung erheblich gesunken und sinkt weiterhin. – eben gerade deshalb, weil der Kapitalismus die Produktivität massiv vorantreibt. In durchschnittlichen entwickelten Ländern bewegt sich der Anteil der Erwerbsarbeitsplätze in Gewerbe und Industrie zwischen 15% und 25%, gegenüber 40% -

50% in der Mitte des letzten Jahrhunderts. Der „kapitalismustaugliche“ Bereich der Ökonomie schwindet also². Die Lösung des Problems wäre einfach: das überschüssige Kapital muss mit Steuern abgeschöpft und der öffentlichen Hand zur Finanzierung von guten öffentlichen Diensten übertragen werden: Schulen, Unis, Spitäler, Pflegedienste, Kitas, Kultur, plus nachhaltiger Umbau der Gesellschaft. Die skandinavischen Länder machen es vor (Heintze 2012, 2013). Sie zeigen, dass das funktioniert, und zwar durchaus auch bei Aufrechterhaltung kapitalistischer Verhältnisse in der Privatwirtschaft und bei Erhalt der internationalen Konkurrenzfähigkeit (die skandinavischen Länder gehören seit Jahren zur Spitzengruppe in den Rankings neoliberaler Institute). Geschieht dies jedoch nicht, d.h. werden die überschüssigen Vermögen nicht in öffentliche Care-Dienste, Bildung und ökologischen Umbau gelenkt, dann häufen sich auf den Finanzmärkten riesige unproduktive Vermögen an und werden zum Motor von gefährlichen Spekulationswellen.

Die Folgen der Ausbeutung

Warum sind denn aber die Kapitalisten nicht einsichtig und stimmen diesem Lösungsweg zu? Um das zu verstehen, müssen wir uns an seinen ausbeuterischen Kern erinnern. In der Krise reagiert das System damit, dass die Ausbeutung erhöht wird. In der Krise wird zudem fieberhaft nach neuen Bereichen geforset, in denen Profite erzielt werden können, die anderswo ausfallen. Linke TheoretikerInnen bezeichnen diese Suche nach neuen Bereichen für die Kapitalverwertung mit dem Ausdruck der „Landnahme“. Neue Bereiche können, müssen aber nicht neue geographische Territorien sein, sie können auch vormals Non-Profit-Bereiche erfassen wie die Wasserversorgung, die Bildung, das Gesundheitswesen. Dieser Drang nach mehr Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital verträgt sich offensichtlich schlecht mit gut

² Das „Gute am Schlechten“ (Watzlawick) dieser Entwicklung ist, dass die unsichtbare Care-Arbeit (Knobloch, 2013), die überwiegend von Frauen erbracht wird, endlich unübersehbar wird. Denn auch die private Erbringung dieser Arbeit ist im Spätkapitalismus (mit seiner Tendenz alle sozialen Bindungen zu lösen) in eine tiefe Krise geraten.

ausgebauten öffentlichen Systemen. Deshalb sind die skandinavischen Länder mit ihren teilweise vorbildlichen öffentlichen Diensten die Ausnahme geblieben, und deshalb versucht das Kapital auch dort, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Interessant dabei ist allerdings, dass der Widerstand dagegen enorm ist. In Schweden wurde in den letzten Jahren das Bildungswesen neoliberal umgebaut – und das soll auf Druck der Bevölkerung jetzt wieder korrigiert werden. In Dänemark hätte ein Teil der Spitalversorgung den profitorientierten Krankenhäusern übertragen werden sollen. Die Ergebnisse waren so schlecht, dass der (ohnehin bescheidene) Anteil an privaten Kliniken seit einigen Jahren bereits wieder rückläufig ist.

Die Situation ist also alles andere als hoffnungslos. Es gibt reale, begehbare Wege aus der Krise. Alles andere wäre ja auch nicht plausibel, denn gemessen an unserem realen Reichtum war die Menschheit in der ganzen Geschichte noch nie so gestaltungsmächtig wie heute. Trotzdem ist die Situation durchaus dramatisch. Denn in der Falle der divergierenden Produktivitäten ist die Herrschaft eines auf Ausbeutung und Produktivitätswachstum basierenden Systems in eine epochale Krise eingetreten. Diese Dramatik ist unter anderem abzulesen an der Perspektivlosigkeit der herrschenden Klasse. Deren neoliberale Ideologie ist nicht tot zu kriegen. Dabei ist sie an Plumpheit kaum zu überbieten. Sie besteht aus einem einzigen Glaubenssatz: Der Markt regelt alles am besten, und wenn es irgendwo Probleme gibt, dann nur, weil man dem Markt ins Handwerk gepfuscht hat. Ein Verständnis für die divergierenden Produktivitäten? Fehlanzeige. Eine moderne bürgerliche Demokratietheorie? Fehlanzeige. Projekte für eine globale Neuordnung der Beziehungen? Nix da. Eine positive Vorstellung von modernen Staaten? Fehlanzeige. Der Staat wird reduziert darauf, Abfallkübel für alles zu sein, was der Markt dann doch irgendwie nicht kann. Wobei er doch eigentlich alles können sollte. Was zu einem eigentlichen Rostfrass an der Staatlichkeit führt, zu failed states in den armen Weltregionen, zu einer wüsten Demontage öffentlicher Dienste, etwa in Griechenland, aber auch in England: Im Mutterland des Kapitalismus kommt der öffentliche Kübelmann in einigen Gemeinden nur noch alle drei Wochen, wegen

Geldmangel. Die Leute werden aufgefordert, die Abfallentsorgung doch selbst an die Hand zu nehmen. Na prima.

Den Kapitalismus retten?

Was heisst das nun für eine linke Politik? Und was ist davon zu halten, wenn Yanis Varoufakis vorschlägt (Varoufakis, 2015), die Linke müsse den Kapitalismus retten, weil sie zu schwach sei, den Kapitalismus zu überwinden, und weil, wenn der Kapitalismus noch tiefer in die Krise gerate, dies nur der extremen Rechten nützen werde? Im guten Fall ist das Varoufak'sche Diktum von der Rettung des Kapitalismus eine nutzlose Bemerkung. Nutzlos, weil sie nicht das Geringste dazu beiträgt, gesellschaftliche Probleme zu lösen oder linke Politik voranzubringen. Muss denn, um den Kapitalismus zu retten, das Spar- und Privatisierungsdiktat der EU an Griechenland eben doch eingehalten werden? Nein, Quatsch, das sagt sogar die Financial Times. Wie sollen wir denn also den Kapitalismus retten? Wovor müssen wir ihn retten? „Retten“ müssten wir ihn vor seiner eigenen neoliberalen Logik. Wir müssten das Europäische Bürgertum dazu zwingen, die Syriza-Regierung zu unterstützen. Wir müssten es auf den skandinavischen Weg zwingen, ihm überdies eine konsequent nachhaltige, umweltschonende Politik auferlegen. Dafür kämpfen wir eh schon (oder sollten es zumindest tun). Und wenn wir damit Erfolg haben wollen, müssen wir uns mit dem realen Kapital und seiner vorherrschenden Politik konfrontieren, auch wenn das Mut kostet. Die Gretchenfrage lautet nicht: Wollen wir den Kapitalismus retten oder nicht, sondern sind wir bereit, uns der Macht des Kapitals entgegenzustellen, nicht nur verbal, sondern auch in der konkreten Politik, in sozialen Bewegungen, mit Streiks und direkten Aktionen. Dabei ist es vollkommen egal, ob wir das in der Absicht tun, den Kapitalismus zu überwinden oder ihn zu retten. Im schlechten Fall allerdings ist das Varoufak'sche Diktum etwas ganz anderes, nämlich die Rechtfertigung dafür, sich dann doch nicht so richtig mit dem Kapital anlegen zu wollen. Der griechischen Bevölkerung doch eine deftige Portion weiteres Sparen als unerlässlich zu erklären. Gerade das aber wäre fatal. Gerade ein solches Einknicken der Syriza-Regierung würde der Rechten den Weg

ebnen, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Das heisst nun nicht, dass wir mit einer Konfrontationsbereitschaft immer alles gleich erreichen werden, was wir wollen, oder dass wir immer überall gleich auf tutti gehen und die Messer wetzen sollten. Es heisst auch nicht, immer möglichst radikale Forderungen zu stellen, etwa – im Fall Griechenlands - die EU und den Euro einfach abzulehnen. Denn natürlich spielen die Kräfteverhältnisse immer eine zentrale Rolle. Vermutlich war es richtig, dem Druck der EU im jetzigen Moment nachzugeben und von einigen Zielen vorderhand abzurücken, wie das die griechische Regierung getan hat. Doch das kann und muss man offen sagen: Leute, wir sind (noch) zu wenig stark, um uns durchzusetzen. Obwohl wir nach wie vor sicher sind, dass wir recht haben. Zum Beispiel haben wir ein Problem mit einem grossen Teil der europäischen Sozialdemokratie, die uns schändlich im Stich gelassen hat. Und deshalb müssen wir jetzt weiter am Ball bleiben, die Kräfteverhältnisse zu unseren Gunsten zu beeinflussen versuchen, uns nach echten Freunden in Europa umschaun (was die griechische Regierung ja zu tun versucht).

Das Märchen von der starken Linken

Aber Achtung vor einem politischen Märchen, dem Märchen von einer starken Linken, die wir zuerst aufbauen müssen, bevor wir uns dann an die „eigentlichen“ Aufgaben machen können (und z.B. den Kapitalismus überwinden). Es ist ganz anders: Die Linke ist immer nur für kurze historische Momente wirklich stark. Für einige Monate, vielleicht auch mal für einige Jahre. Zum Beispiel meinte noch im Juni 1914 die Linke Europas und besonders in Deutschland, sie sei sehr stark. Einige Wochen später, im August 1914, war sie als eigene gesellschaftliche Kraft praktisch ausgelöscht, vom Taumel der Kriegserklärungen erdrückt. Im Sommer 1915 versammelte sich im Berner Oberland die Kientaler Konferenz, das Häufchen derjenigen europäischen SozialistInnen, die der Kriegslogik widerstehen wollten. Wie schwach mussten sich diese Leute gefühlt haben! Lenin etwa sagte in seinem Exil zu den Zürcher JungsozialistInnen noch im Januar 1917, er glaube zutiefst an die Russische Revolution, aber er werde sie wohl nicht mehr erleben.

Zehn Monate später war er ihr erster Präsident. Zehn Jahre danach allerdings war diese Revolution vernichtet, weil sie isoliert geblieben war und von der stalinschen Partei- und Staatsbürokratie erstickt werden konnte. Wenn sich gesellschaftliche Krisen zuspitzen, dann kann sich die Gemengelage sehr rasch ändern.

Klar, ich übertreibe jetzt. Natürlich gibt es Kräfteverhältnisse, die über längere Zeit stabil sein können. Voraussetzung ist allerdings, dass sich der Kapitalismus selbst in einer Phase der Aufschwungs befindet. Allerdings wird in solchen Phasen die Linke dann meist von innen geschwächt, dadurch, dass ihre Führungen und Teile ihrer Organisationen vom Establishment absorbiert werden. Kommt es dann zu Krisensituationen (wie z.B. 1914), dann wird diese innere Schwäche schlagartig deutlich.

Mischen wir uns ein

Nun ist unsere Zeit aber eh eine schlechte Zeit für solche Kompromisse. Dafür ist es eine Zeit, in der die Linke potentiell breiteste Bündnisse finden kann für ihre Ziele. 80%, 90% der Bevölkerungen gehören zu den VerliererInnen des Neoliberalismus. Sie stehen potentiell auf unserer Seite –wenn wir konsequent an konkreten Alternativen zur neoliberalen Politik arbeiten und wenn wir uns dem Kapital nicht unterordnen. Da die Geschichte aber nicht

mechanisch verläuft, im Gegenteil oft sprunghaft und überraschend, wissen wir nie im Voraus, wann sich uns Chancen eröffnen, einer linken Politik wirklich zum Durchbruch zu verhelfen.

Mit der Wahl der Syriza-Regierung ist in Griechenland eine solche Türe geöffnet worden. Deshalb ist es in den kommenden vier Monaten so wichtig, in Europa eine breite Unterstützungsbewegung aufzubauen für das Programm der griechischen Regierung, die zum Beispiel endlich die Superreichen des Landes in die Pflicht nehmen und ihnen halbwegs anständige Steuerzahlungen abringen will. Deshalb braucht es jetzt den automatischen Informationsaustausch zwischen der Schweiz und Griechenland als dringliche Sofortmassnahme. Der Bundesrat muss unter Druck gesetzt werden, der griechischen Regierung schon in den nächsten Wochen ein entsprechendes Vertragsangebot zu machen. Und im Sommer muss Schluss sein mit dem Austeritätsdiktat gegenüber Griechenland.

Mischen wir uns ein, immer wieder. Vielleicht überwinden wir den Kapitalismus – die Dominanz der Kapitalinteressen über die Gesellschaft –dann fast ein bisschen nebenher (Ringger, 2011). Einfach darum, weil die heutige Weltgesellschaft zu reich für den Kapitalismus geworden ist (Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie, 2014).

Literatur

- Hans Baumann, Beat Ringger (2013). Care, Produktivität, Emanzipation. Der Care-Imperativ. In: Denknetz-Jahrbuch 2013
- William J. Baumol (2012): The Cost Disease: Why Computers Get Cheaper and Health Care Doesn't. New Haven und London
- Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie (2014). Zu reich für den Kapitalismus: Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion. In: Denknetz (Hrsg). Die überflüssige Schweiz. Zürich
- Cornelia Heintze (2012): Auf der Highroad – der skandinavische Weg zu einem zeitgemässen Pflegesystem. WISO-Diskurs Juli 2012, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Cornelia Heintze (2013). Die Strasse des Erfolgs. Marburg
- David Himmelstein, Steffie Woolhandler, Terry Campbell (2003; updated 2012): Costs of Health Care Administration in the United States and Canada. In: New England Journal of Medicine 349:768.
- Mascha Madörin (2011). Das Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten: eine feministische Sicht. In: Denknetz-Jahrbuch 2011, Zürich
- Beat Ringger (2011). Masst Euch an. Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus. Münster
- Yanis Varoufakis (2015). Rettet den Kapitalismus. In Wochenzeitung WOZ vom 26.2.2015
- Yves Wegelin (2015). Der schwindende Wert des Kapitals. In: Wochenzeitung WOZ vom 26.2.15